

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechender Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinst. Blatt mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 2 M., durch unsere Verkäuf. gegen Nachnahme in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postkarten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Bezugspreis 2 M. für die 6 gepaltene Korpusgröße oder deren Raum, Kellern, die 2-paltige Korpusgröße 2 M. Bei Wiederholung und Jahresantrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-paltige Korpusgröße 2 M. Nachweisungs-Gebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Nichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenanspruch entfällt, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostorf.

Verleger und Drucker: Arthur Jchanke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Jchanke, beide in Wilsdruff.

Nr. 292

Donnerstag den 15. Dezember 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Holzversteigerung.

Tharandter, Spechtshausener, Raundorfer u. Grillenburger Staatsforstrevier.

Im Gasthaus „Stadtbad“ in Tharandt Dienstag den 20. Dezember 1921, 9 Uhr:

1. Tharandter Revier: 1027 w. Stämme 10/36 cm, 311 fi. Schleiflöcher 8/12 cm, 41 w. Klöße 13/30 cm, 14 bu. dergl. 13/22 cm, 15 hb. dergl. 23/29 cm, 10 sich. dergl. 30/37 u. m. cm, 290 fi. Verbhänge 8/12 cm u. 1705 fi. Reishänge 2/7 cm; Rahl-schlag: Abt. 20, Einzelhölzer: Abt. 3, 7, 8, 11, 12, 13, 19, 30, 32, 34 und 37.

2. Spechtshausener Revier: 1891 w. Stämme 10/43 cm, 146 w. Klöße 8/50 cm u. 36 bu. dergl. 16/51 u. m. cm, Rahl-schläge: Abt. 4, 7, 8, 10, 15, 17 u. 32, Einzelhölzer: Abt. 18, 19, 20, 35, 38, 43 und 48.

3. Raundorfer Revier: 999 w. Stämme 10/23 u. m. cm, 259 w. Klöße 13/23 u. m. cm, 7 bu. dergl. 16/23 u. m. cm, 100 w. Verbhänge 8/9 cm u. 3900 w. Reishänge 2/7 cm, Schlaghölzer: Abt. 1, Bruchhölzer: Abt. 1 bu. 44 u. Durchforstungs-hölzer: Abt. 4 u. 14.

4. Grillenburger Revier: 850 w. Stämme 10/23 u. m. cm, 1800 w. Klöße 8/12 cm, 600 Verbhänge 8/12 cm u. 9700 Reishänge; Einzelhölzer u. Durchforstungs-hölzer: Abt. 15, 17, 19, 40 u. 44.

Forstrevierverwaltung Tharandt, Spechtshausen, Raundorf und Grillenburg. Forstrentamt Tharandt.

Lichtgeld für November wird ab morgen gemahnt. Stadtrat zu Wilsdruff.

Die Herren Gemeindevorstände des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff

machen wir hiermit darauf aufmerksam, daß die Brotmarken für die nächste Versorgungszeit von jetzt ab gegen Ausweis mit uns abgeholt werden können. Der Ausweis muß mit der Unterschrift des betr. Gemeindevorstandes und dem Gemeindegeldstempel versehen sein.

Geschäftsstelle des „Wilsdruffer Tageblatt“

Meine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichsrat hat eine weitere außerordentliche Erhöhung der Post-, Telegramm- und Fernspreckgebühren und eine Neubelastung der Presse beschlossen.

* Der Reichsanwalt beabsichtigt, bei der Steuerberatung im Reichstage die Vertrauensfrage zu stellen.

* Der Reichswirtschaftsrat nahm auf besondere Empfehlung des Kanzlers den Gesetzentwurf über die Kreditvereinigung der Gewerbe an.

* In einer Konferenz in Darmstadt faßten die Wirtschaftsminister des Reichs und der Länder eine erweiterte Einfuhrbeschränkung ins Auge.

* Die deutsche Großhandelsindexziffer (Vergleich zum Friedenspreis von 100) hat sich im November auf 3416 (gegen 2460 im Oktober) erhöht und die Bisse des Katastrophenmonats Februar 1920 weit überschritten.

* An der Berliner Dienstagsbörse stieg der Dollar wieder bis auf 187 Mark. Die Spekulationspapiere folgten mit Erhöhungen.

* Einer Washingtoner Meldung zufolge ist die Pazifik-Frage durch Unterzeichnung eines Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Japan geregelt worden.

Was will England?

Man hat es in der deutschen Öffentlichkeit zu wenig beachtet, daß neben den Verhandlungen, die Dr. Rathenau in London geführt hat und neben der wochenlangen Erörterung der Frage, ob die Lage der deutschen Regierung durch ein Memorandum oder durch eine Anticibe erleichtert werden könne, sehr wichtige Besprechungen zwischen Paris und London geführt worden sind, denen ein erheblicher Einfluß auch auf die Gestaltung derjenigen Probleme zugewiesen ist, die uns in Deutschland in erster Linie wichtig erscheinen. Es war auffällig, daß Frankreich von vornherein gegen den Gedanken eines Memorandums und einer Kreditstiftung Einspruch erhob, obwohl es doch englische Vorkämpfer waren, welche den Anticibepan für Deutschland in die Hand genommen hatten und somit ein direktes Opfer von Frankreich überhaupt nicht verlangt wurde. Der Grund des französischen Widerstandes lag aber darin, daß die Franzosen seit längerer Zeit besonders schmerzhaft auf Geld warten, weil nach dem Finanzabkommen vom 13. August, welches von den alliierten Mächten über die Verteilung der ersten deutschen Goldmine getroffen wurde, Frankreich angesichts der großen Sachleistungen, die es für den Wiederaufbau von uns erhält, zunächst ins Hintertreffen geriet, und nun wohl beschränkt wurde, daß es bei einem Memorandum abermals auf den Barreclat gesetzt werden könnte.

Für England ist die Situation grundsätzlich anders, und deshalb haben die Engländer auch nach den bisher vorliegenden Nachrichten einen neuen Weg beschritten, bei dem man allerdings auch nicht lange danach zu suchen braucht, wie durch ihn das englische Interesse in weitest möglicher Form gewahrt wird, obwohl es zunächst den Anschein gewinnt, als ob ein englisches Opfer vorläge. Die Engländer scheinen dem immer lebhafter gekünderten Wunsch der Franzosen nach einer Revision jenes Verteilungsplanes vom 13. August entgegenzukommen, und auf einen Teil dessen zugunsten der Franzosen zu verzichten, was England seinerzeit zugesprochen wurde. Hält man damit die Nachricht zusammen, die von maßgebender englischer Seite kürzlich verbreitet wurde, daß die englische Regierung ganz bereit sei, die deutschen Vorkämpfer anzunehmen, die wir auf Grund des Londoner Ultimatus ausgeben mußten, so liegt deutlich zutage, wie England hier zwei Vorteile auf einmal gewinnt und außerdem noch nach außen hin einen vorzüglichen Eindruck damit macht.

Die auffällige Tatsache, daß bisher immer nur von englischer und amerikanischer Seite Stimmen laut wurden, welche einer wirtschaftlichen Ruin Deutschlands gleichzeitig als europäische Katastrophe kennzeichneten, und welche daher eine Revision des Reparationsplanes forderten, kann

in erster Linie damit zusammen, daß England und Amerika infolge ihrer hochwertigen Valuta die Konkurrenz der billig exportierenden deutschen Industrie trotz aller gelegentlichen Maßnahmen gegen industrielle Unterbietung allmählich so schwer empfinden, daß sie den erzwungenen deutschen Willkürbesetzen bei nächster Betrachtung als einen Fluch für das eigene Wirtschaftsleben erkennen müssen. Infolgedessen muß es ihnen auf die Dauer lieber sein, wenn sie einen direkten Einfluß auf die deutschen Produktionsquellen ausüben können, anstatt nur Zahlungen einzubehalten. Damit aber, daß England die deutschen Bonds in die Hand nimmt, gewinnt es die Möglichkeit eines verstärkten politischen Einflusses auf das Deutsche Reich. Es wäre zweifellos zu erwarten, daß dann eine starke englische Kontrolle sowohl der deutschen staatlichen Finanzwirtschaft als auch der privaten Produktionsfähigkeit einsetzten würde. England wäre zweifellos in der Lage, einen Regulator an unser Wirtschaftsleben zu legen. Dann würde vielleicht eine gewisse politische Beruhigung eintreten, denn an Stelle der französischen Temperamentspolitik würde die kühle englische Vernunft treten, die uns wahrscheinlich vor den übermäßigen Schwankungen des europäischen Gleichgewichts und der Valuta bewahren würde, die aber ebenso sicher darauf achten würde, daß die Wäme der deutschen Industrien keinesfalls in den Himmel wachsen. England hat selbst ein viel zu großes Interesse daran, daß die deutsche Valuta einigermaßen stabilisiert wird, während Frankreich vor allem Interesse an direkten Leistungen und Zahlungen besitzt. Wenn daher der Einfluß Englands auf dem Wege englisch-französischer Verhandlungen sich tatsächlich in dem Sinne geltend machen sollte, daß eine Verschlebung der Anteile und der Funktionen innerhalb unserer Gläubigerschaft eintritt, so können wir ebenso sicher sein, daß die Engländer dafür ihren Preis sehr wohl zu bestimmen wissen, und nichts ist bezeichnender für den kurzfristigen und leichtsinnigen Spekulationsgeist an der Börse, als die Beobachtung, daß diese bereits jetzt, ehe noch Genues über die neuen Abmachungen bekannt ist, diese als gegeben ansieht, zu dem nach Lage der Dinge leider recht wenig Grund vorhanden ist.

Unwandelbare Treue der Rheinländer

Abgabe an Franzosen und Französlinge.

Die politischen Parteien im besetzten Rheinlande, das Zentrum, die Mehrheitssozialdemokraten, die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Nationalistische Volkspartei und die Deutschdemokratische Partei hielten am 12. Dezember in Königswinter eine gemeinsame Tagung ab und beschloßen einen Aufruf gegen das immer deutlicher hervorbrechende Bestreben der Franzosen, die Rheinländer mit Hilfe erbrevergeßener heimischer Elemente vom Reich in irgendeiner Form loszureißen.

Offener Hochverrat.

Der Aufruf betont zunächst, daß sich im Augenblick schwerster wirtschaftlicher und politischer Not unseres Vaterlandes sonderbarer Weise nicht scheuen, den Versuch zu machen, durch offenen Hochverrat das Rheinland vom Reich zu trennen. Diese Menschen, die, wie sie selbst wissen, nur eine Handvoll Anhänger hinter sich haben, glauben, sich auf eine fremde Macht stützen zu können. Sie werden sich täuschen, führt der Aufruf fort. Unsere rheinischen Landesleute, erprobt in Liebe zum Vaterlande und gefüllt gegen Druck und Zwang, treten geschlossen diesen nichtswürdigen Bestrebungen entgegen. Die Ereignisse der letzten Tage haben mit brutaler Offenheit gezeigt, daß die französischen Rheinlandpolitiker ihr Ziel, die Besetzung des Rheinlandes, mehr als je mit aller Rücksichtslosigkeit verfolgen.

„Auf ewige Zeiten fest am Reich.“

Es wird weiter Bezug genommen auf den im Fall des Sonderbündlers Smets unternehmen unerbittlichen Eingriff in die Rechtspflege und die planmäßige Hetze gegen Breußen. Offen werde man für eine angeblich neutrale Rheinland-Republik, die tatsächlich unter französischer Kontrolle stehen und noch dazu zum wirtschaftlichen Untergang verurteilt sein würde. Auch wirtschaftlich ist das Rheinland auf Gebeld und

verderben mit dem großen Vaterlande untrennlich verbunden. Im Abwehrkampf gegen Hochverrat und Dummheit erneuern wir unseren Beschluß vom 9. Juni dieses Jahres, daß für die Dauer der Besetzung rheinischen Gebietes eine Abstimmung auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung (Selbstständigkeit der Länder) nicht erfolgen kann. Wir halten auf ewige Zeiten fest am Deutschen Reich und wollen von einer Loslösung rheinischen Gebietes nichts wissen. Das ist die innerste Überzeugung und der entschlossene Wille der Rheinländer.

Die Unabhängige Sozialdemokratie erklärt zu diesem Aufruf, daß die Loslösung der Rheinlande vom übrigen Reiches ihrem Programm nicht entspreche, deshalb bekämpfe sie nach wie vor aufs äußerste alle dahin zielenden Bestrebungen. Die Unabhängigen unterzeichnen nach ihrer Angabe nur deshalb den Aufruf nicht, weil die sie bestimmenden Gründe anderer Natur seien seien als die der übrigen Parteien. Sachlich vertreten sie den gleichen Standpunkt. Und so finden sich denn tatsächlich alle Parteien zusammen unter dem alten Rühmer Wahlspruch: Halt saß am Reich, du löst'sche Voor, lo m ei söß oder soor! (Halte fest am Reich, du löst'sche Vauer, kommen glückliche oder schwere Tage). Franzosen und Französlinge werden auf Granit beßen, sagen die Rheinländer einhellig. Das soll ihnen gedankt sein.

Der Kanzler zur Kreditfrage.

Für die Kreditvereinigung der Gewerbe.

Die mit Spannung erwarteten Erklärungen des Reichskanzlers über das Kreditproblem, die er nach der Rückkehr Dr. Rathenau in Aussicht gestellt hatte, sind im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates in strengster Vertraulichkeit abgegeben worden. Für die Öffentlichkeit wurde davon nur bekanntgegeben, daß die Worte des Kanzlers in dem Hinweis gipfelten, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands in ihrer Verflechtung mit der Weltwirtschaft nunmehr zum Gegenstand öffentlicher internationaler Diskussion unter den großen Mächten geworden ist. Es sei von Bedeutung, daß diese Erörterungen sorgfältig und vertieft würden. Was Deutschland anlage, so müsse es sich zur Mitarbeit an diesen Problemen bereit halten. Der habsburgische Gesetzentwurf biete eine geeignete Grundlage, um die deutsche Wirtschaft zu positiver Mitarbeit an der Lösung dieser deutschen Lösungsfragen zu befähigen.

Dieser Gesetzentwurf, den der Reichswirtschaftsrat bereits in Beratung genommen hatte, sieht eine Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe vor, um dem Reich die erforderlichen Mittel in Devisen zur Verfügung zu stellen. Es sind darin gewisse Zwangsmittel, zugleich aber die Herrschaftsmöglichkeit auf einige Steuern vorgesehen. Der Reichswirtschaftsrat hat den Entwurf noch am selben Tage angenommen und der Regierung als Material überwiesen.

Bedeutungsvolle Aussagen in Leipzig

Die Jungen des fünften Tages.

Leipzig, 13. Dezember.

Der frühere Minister Schmitt ist in den Tagen des Rapp-Putsch als einziges Mitglied des Kabinetts in Berlin zurückgeblieben, um damit zu bekunden, daß die Regierung ihre Ämter nicht niederlege. Er wurde, wie er jetzt berichtet, von Rapp aufgefordert, ihm die Reichskanzlei zu übergeben. „Mit welchem Recht verlangen Sie das?“ fragte Schmitt. — „Mit dem Recht der Taktik!“ antwortete Rapp. — „Und wenn ich mich weigere?“ war Schmitts Rückfrage. — „Dann findet sich alles weitere“, entgegnete Rapp, worauf Schmitt ihm erklärte, daß er nur der Gewalt weichen würde. Schmitt blieb während des ganzen Putschs in Berlin und trat dann beim Zusammenbruch des Unternehmens als Vermittler zwischen der in Stuttgart weilenden Regierung und dem General Küttwig auf. Außerdem war eine Anzahl bürgerlicher Parteiführer in Berlin anwesend, die

die weitere Vermittlungstätigkeit ausübten, da Schiffer Wert darauf legte, den Anschein zu vermeiden, als ob er im Namen der Regierung direkt mit den Kappisten verhandelte. Es ist seitdem immer die Streitfrage gewesen, ob Schiffer damals dem General Lüttich und seinen Helfern eine Amnestie versprochen habe.

Bei seiner Zeugnisaussage stellte sich Schiffer nachdrücklich auf den Standpunkt, daß davon keine Rede gewesen sein könne, und daß vielmehr nur die Parteiführer versprochen hätten, sich bei ihren Parteien für den Erlass einer solchen Amnestie einzusetzen. Entweder liege eine Verwechslung oder ein Mißverständnis seiner eigenen Worte vor. Aus den militärischen Vernehmungen sind die Aussagen von drei Unteroffizieren von besonderem Interesse, die sich seinerzeit weigerten, mit der Brigade Ehrhardt den Marsch nach Berlin anzutreten, unter dem Hinweis darauf, daß sie auf die Verfassung verpflichtet seien. Einer von ihnen betonte jetzt, daß schon einige Wochen lang vor dem Aufbruch im Oberrieger Lager unter den Soldaten Gerüchte umgingen, daß man

nach Berlin marschieren und die Regierung verjagen werde. Auch von Offizieren der Brigade hat der Zeuge, Raskh-nienmann Schwan, nach seiner Aussage gehört, daß man nach Berlin marschieren wolle. — In Anbetracht dieser Aussagen, die von denen der Offiziere insofern abweichen, als die Offiziere ihrerseits größtentends erklärten, daß sie über die Absichten des Kapitäns Ehrhardt und des Generals Lüttich nicht unterrichtet gewesen seien, werden die drei Unteroffiziere verurteilt, während die meisten Offiziere, die als Zeugen aufgetreten sind, wegen des Verdachts der Mittäterschaft unverteidigt bleiben.

Die Vermittlung General Märders.

General Märders, der in den Ausschüssen zwischen Kapp und der alten Regierung vermittelte, erklärte nun als Zeuge, er habe am 13. März zwei Telegramme von Lüttich erhalten. Im ersten teilte Lüttich mit, daß die alte Regierung gestürzt sei und daß er und Kapp die neue Regierung übernehmen hätten. Das zweite Telegramm hatte folgenden Wortlaut:

„Die alte Regierung ist ausgerissen. Ich habe die Regierung übernommen und behalte Oberbefehl über die Truppen. Falls Mitglieder der alten Regierung in Ihren Wehrkreis kommen, sind sie zu verhaften und zu verurteilen, daß sie gegen die neue Regierung vorgehen.“

„Mir kamen“, so erklärte General Märders, diese Telegramme ganz überraschend, da ich vorher von einer Beurlaubung des Generals Lüttich, aber nicht von seiner Abweisung oder dem Aufbruch nach Berlin, am 20. Juli 1919 war Oberst Bauer an mich herangetreten und machte mir den Vorschlag, die Nationalversammlung in Weimar, die unter meinem Schutz lagte, zu sprengen und die Regierung zu stürzen. Ich weigerte mich, da ich das Unternehmen für aus-sichtslos und militärisch für undurchführbar hielt. Kapp, von dem damals schon als Reichskanzler gesprochen wurde, hielt ich für eine gänzlich ungeeignete Persönlichkeit. Auf das Telegramm von Lüttich hin habe ich Noke in Dresden Mitteilung gemacht und habe gesagt, daß die Regierung in Dresden unter meinem Schutz stände. Herr Bauer besprach mir damals,

den Generalkaufmann zu dementieren, hat es aber nachher nicht getan. Präsident Ebert erklärte mir, die Regierung stände hinter diesem Aufruf. Am nächsten Morgen war Minister Noke damit einverstanden, daß ich nach Berlin fahren soll, um zu vermitteln, die demokratischen Minister waren absolut dagegen. Ich sagte vor meiner Abreise nach Berlin dem Präsidenten Ebert, daß nach meiner Ansicht Kapp zurücktreten würde, wenn folgende Voraussetzungen gegeben würden:

1. Bildung einer Koalitionsregierung unter Zustellung der neuen Regierungsmänner. 2. Neuwahl zum Reichstag binnen zwei Monaten und 3. Neuwahl des Präsidenten. In Berlin fuhr ich zur Reichskanzlei, wo ich sagte, daß Kapp-Unternehmen müsse unbedingt unglücklich enden. Das Volk wisse ja gar nicht, was Kapp und Lüttich wollten. Vor allen Dingen warne ich die Herren vor der Ansicht, daß alle Truppen hinter ihnen ständen. Im Namen der Regierung forderte ich Kapp und Lüttich zum sofortigen Rücktritt auf.

Am 6. Verhandlungstage befragte der Zeuge General Lüttich die Aussagen des Oberleutnants Bod, daß er entschlossen war, als Bekämpfer des Kapp, Gewalt gegen Gewalt zu setzen und die militärische Ehre zu wahren. Er er-

hielt jedoch vor einem Zusammenstoß den Rückzugsbefehl. — Der nächste Zeuge, Geheimrat Oberregierungsrat Dr. Doyé, betont zunächst, daß er zu Herrn v. Jagow auf Grund seines lebenslänglichen Zusammenarbeitens in einem freundschaftlichen Verhältnis gestanden habe. Von den Gerüchten im März 1920 habe er zunächst nicht mehr gehört, als alle übrigen. Am 11. März habe er durch Jagow Kapp kennen gelernt. Am 13. März habe Jagow ihm mitgeteilt, daß er auf Wunsch Kapps das Ministerium des Innern übernommen und daß ihm Kapp den Auftrag gegeben habe, gewisse Änderungen einzusetzen zu lassen. Zum Beispiel lege Kapp auf die weitere Arbeit des Staatssekretärs Freund, des Unterstaatssekretärs Meyer und des Abgeordneten Fischer keinen Wert, weil er der Auffassung sei, daß die sozialdemokratischen und demokratischen Mitglieder des Ministeriums überflüssig seien. Die Herren sollten am Betreten des Ministeriums verhindert oder erzwungen werden, ihre Arbeit einzustellen. Diese Mitteilungen, so erklärt der Zeuge, hat mir Herr v. Jagow im Auftrage Kapps gemacht. Ich teilte Freund mit, daß ich an seine Stelle treten würde. Von den Beamten des Ministeriums ist gegen den Umsturz

nicht der geringste Widerstand gefehlt worden, auch nicht bei der Besprechung, zu der Herr v. Jagow am 14. März die höheren Beamten gebeten hatte. Nachher allerdings gab Ministerialrat Dr. Meißner die Erklärung ab, daß die Herren zur Mitarbeit bereit seien, daß sie damit aber nicht die neue Gewalt anerkennen, sondern daß sie, wie seinerzeit am 9. November, nur im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung weiter arbeiten würden. — Auf die Frage eines Verteidigers, welchen Eindruck er von Herrn Dr. Traub gehabt habe, antwortete Dr. Doyé, daß er keine Auskunft, worauf der Verteidiger schloß: Sie haben selber einmal gesagt, Traub sei Ihnen als eine komische Figur erschienen, er habe den Eindruck des betrübten Vagabunden in der Reichskanzlei gemacht und sei wie geistesabwesend herumgelaufen. Der Zeuge fügte hinzu: — Zur Frage einer Koalitionsregierung, über die Dr. Doyé mit dem früheren sozialdemokratischen Minister Dr. Sabel um verhandelte, betonte er, Dr. Sabelum sprach die Beschränkung aus, daß das Kappische Unternehmen das Reich zerstückeln werde, und daß die ganze Affäre mit dem Zusammenbruch von Kapp und Lüttich enden müsse. Schließlich machte er den Vorschlag, Kapp sollte doch in die verfassungsmäßige Regierung mit einziehen. Ich antwortete ihm jedoch, Kapp und Ebert, das gäbe eine schlechte Ehe ab. — Märders betonte be-

sonders, daß er mit Einverständnis, aber nicht im Auftrage der Regierung nach Berlin gekommen sei. Man überreichte ihm in Berlin 8 Forderungen, darunter die auf Amnestie. In Stuttgart laschte die Regierung über diese Forderungen, aber auch dort ging alles durcheinander. Nur Ebert und Noke behielten Ruhe und Sicherheit.

Ministerialdirektor Meißner berichtet, daß an 20 Regierungspräsidenten Abberufungstelegramme abgeschickt wurden, die Jagow unterzeichnet hatte. Meißner sagte Jagow den Gehorsam auf und wurde daraufhin verhaftet, da er außerdem die Beamten seines Ministeriums aufgefordert hatte, der alten Regierung die Treue zu bewahren. — Dann berichtete Staatssekretär a. D. Albert über seinen Zusammenstoß mit Kapp bei dessen Eindringen in die Reichskanzlei. Kapp sagte in hochschwebender Stimme: „Sie sind der ehemalige sozialdemokratische Unterstaatssekretär Albert?“ — „Nein“, sagte Albert, „ich bin nicht der ehemalige, sondern der amtierende Unterstaatssekretär.“ Darauf Kapp: „Das sind Sie die längste Zeit gewesen.“ — Albert fragte dann: „Mit welchem Recht drinnen Sie hier ein?“ — Darauf sagte v. Jagow:

„Mit dem Recht des 9. November.“

Als Albert weiter fragte, ob man eventuell Gewalt anwenden wolle? befragte Kapp, wobei er auf die Truppen verwies, die inzwischen auf dem Hofe der Reichskanzlei aufmarschiert waren.

Nach der Vernehmung des Staatssekretärs Albert wurden einige unwesentliche Befragungen gemacht. So berichtet der ehemalige preussische Ministerpräsident Hirsch über die Internierung des Ministers, General Märders gibt Auskunft über Telefongespräche.

Reichsbonndirektor Hauenstein sagt aus, mehrmals sei von Offizieren versucht worden, größere Beträge von der Reichsbank während der Kapptage abzuholen. So verlangten zwei Offiziere einmal 10 Millionen. Hauenstein lehnte ab, worauf die beiden Herren erklärten, sie würden dann ebenfalls mit Gewalt vorgehen. Unberührt blieben weitere er-

zogenen wieder andere Offiziere und erklärten, sie sollten im Auftrage des Kriegsministers Lüttich 10 Millionen Mark von der Reichsbank abholen. Hauenstein lehnte jede Zahlung ab. Diese Verjagung wiederholten sich, aber ohne Erfolg.

Reizt Dr. Traub

gibt zu, mit Kapp innig zusammengearbeitet zu haben, aber im Jahre 1917. Vor dem Kapp-Aufbruch hat er Kapp zum letztenmal am 12. März gesehen. Kapp trug Traub das Auswärtiger Ministerium an. Traub war am 13. März auch am Brandenburger Tor. Traub hat sich dann in der Reichskanzlei zur Verhaftung gestellt.

Das Geheimnis von Klempelsdorf.

Die letzten Zeugenvernehmungen.

Wenn nichts Unvorhergesehenes geschieht und die dramatische Handlung nicht noch im letzten Augenblick durch unvorhergesehene Zwischenfälle unterbrochen wird, dürfen morgen im Morpho-Graben die letzten Zeugen vernommen werden. Es würden dann einen Tag später die Sachverständigen zu Wort kommen und im Anschluß daran die Plädoyers beginnen, so daß — immer vorausgesetzt, daß dieses „Programm“ seine Störung erleidet — am Sonnabend das Urteil gesprochen werden könnte.

Unter den gestern vernommenen Zeugen befand sich ein Landgerichtsrat, der einen Teil der Voruntersuchung geführt hat. Er hat, wie er sagte, immer den Eindruck, daß Gruppen ihm mit Bezug auf seine verschwundene Frau irgend etwas verheimliche. So habe so ausgesprochen, als ob seine Frau noch in Ostpreußen sei. Die Zeugin trat dann zu ihm in Beziehungen. Von einem Vergehen Gruppen an Ursula weiß sie nichts. Noch einer Anzahl anderer Mädchen hat Gruppen die Ehe versprochen, um sie an sich zu locken. Er war offenbar, was man einen „Gerzenweber“ nennt, und es scheint ihm nicht schwer geworden zu sein, die Schönen von Ostpreußen zu umgarnen.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß in Hirschberg Gerüchte über noch bevorstehende Überraschungen verbreitet sind. So will man wissen, daß Gruppen in seinem Schlafort Aufklärung über das Verschwinden seiner Frau geben werde, und ein Breslauer Whant hat sich sogar erboten, den Aufenthalt der Frau auf spiritistischem Wege zu ermitteln.

Die Zeugin sagte, daß sie sich nicht an die Aussagen der Zeuginen erinnern könne. Sie habe sich nicht an die Aussagen der Zeuginen erinnern können. Sie habe sich nicht an die Aussagen der Zeuginen erinnern können.

Neueste Meldungen.

Wiederaufnahme der schwedisch-russischen Verhandlungen. Moskau. In den nächsten Tagen werden zwischen Schweden und Rußland die unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen wieder aufgenommen werden.

Reinigung statt Petrograd? DA. Helfingsfors. Finnische Blätter melden, daß die Sowjetregierung in Anerkennung der außerordentlichen Dienste, die Lenin bei der Sowjetmacht geleistet hat, den Vorstoß machen die Stadt Petrograd in Reiningburg umzutauschen.

Ein deutscher 3000-Tonnen-Dampfer für England. DA. Danzig. In den nächsten Tagen wird der in Danzig erbaute 3500-Tonnen-Dampfer „Golumbus“ von Danzig nach Hamburg ins Trockendock gehen, von wo er dann nach Southampton als ein seiner neuen Bestimmungsort dirigiert wird. Das prächtige Schiff, das 2500 Passagiere an Bord nehmen kann, ist von der Reparationskommission an die White Star-Line verkauft worden, die es unter dem Namen „Gomerie“ in Dienst stellen wird. Es handelt sich bei diesem Dampfer um das schönste Schiff der Welt.

Die Grafen von Frendeck.

Roman von H. Ostland.

Da mußte ja doch noch irgend jemand sein in dieser ratten, großen Welt, der sich um sie kümmerte, der sie liebte!

Wenn sie den Ring zwischen ihren brennend heißen Fingern hielt, so kühlte es ihr beinahe, als wäre es eine liebe Menschenhand, nach der sie lachte.

Aber wer — wer konnte es sein? Sie waren ja alle tot, die zu ihr wirklich gehörten. Und der alte Gottfried hatte doch geschworen, er hätte eine Karmeliterin an ihrem Fenster gesehen.

Freilich, er meinte, das sei ein Gespenst gewesen; aber sie wußte es besser. Sie wußte, daß da draußen ein Mensch gestanden hatte, ein Mensch, der sich schon verbarg, der ihre Wege kannte, um ihr nochmal einzusprechen:

„Schweigel! Schweigel!“

Und das viele Geld! — Fünftausend Gulden! — Wo hatte sie nur das Geld hingeliegt?

In ihre Kleiderstasche? Wenn es da nur nicht jemand fand! Das Geld sollte ja Georgs Vater bekommen. In wenigen Stunden schon wollte sie es ihm zustücken und ihm sagen:

„Da — da nimm es! Es gehört mir! Mir ganz allein! Ich kann es verschicken, wenn ich mag — nimm es!“

Aber würde Georgs Vater nicht fragen, woher sie das Geld habe?

Und Georg selbst? Sollte sie ihm nicht doch alles sagen? Hilda Wentheim konnte schließlich kaum mehr klar denken, und auch die Ruhe um sie her wirkte auf sie ein. Allmählich wurde es stiller in ihr. Ganz leise wob sich aus Vergangenen, Gegenwart und Zukunft ein Traum, welcher schattenhaft über ihre Seele glitt.

Wie Schemen sah Hilda die Gestalten ihrer Eltern. Da war der junge Buchhalter Fritz Wentheim, und da hing das keule Baden ihrer Mutter, der schönen, stolzen Lucie, die dann für immer fortging. Wie sangen doch die Mägde des Abends beim Brunnen?

„Sie sind gewandert hin und her — Sie hatten gehabt weder Glück noch Stern — Sie sind verdorben — gestorben — Verdorben — gestorben!“

Ein Schluchzen hob Hildas Brust. Aber da rief die runde Hand der alten Frau schon wieder sanft über ihre herbeirufenen Wangen.

„Schloß — schloß!“

Und Hilda Wentheim schloß nun wirklich. Sie schreute erst viel später plötzlich auf, als drinnen die Klingel laut und schrill durch das Haus klang. Jetzt lag sie aufrecht in ihrem Bett und horchte. Wingen da nicht überall Türen? Stimmen wurden laut.

Kath schlüpfte sie aus dem Bett und warf ein einzelnes, buntes Schlüßrädchen über. Dann lief sie zu ihrem weißen Kleide und nahm schnell das Päckchen mit den Geldnoten heraus. Aber wohin damit?

Am besten wäre es, sie könnte es zwischen Stoff und Futter ihres Leibchens bergen.

Sie trennte rasch eine kleine Nacht auf. Einen Moment später hatte sie ihren Schatz in sicheren Gewahrsam gebracht. Und wieder eine Sekunde später trat sie auf den Gang heraus.

Eben öffnete sich auch die Tür zum Schlafzimmer der Baronin Berghaus.

„Was gibt es, Gottfried?“

Die Stimme der alten Dame klang spitz und fremd. Sie achtete gar nicht auf das junge Mädchen, welches dort lehnte. Sie sah nur den Diener, welcher auf das Klingeln herbeigeküßt war, um zu öffnen.

„Der Wunsch ist hier von dem Herrn Obersten von Kirchbach. Der Herr Oberst war noch auf, als ein paar von unseren Gärten an seiner Villa vorüberfuhren. Sie erzählten ihm von dem Unglück hier mit dem alten Herrn Grafen. Und der Herr Oberst läßt nun fragen, ob — ob —“

„Nun?“ fragte die Baronin ungeduldig.

„Ob das gnädige Fräulein — das Fräulein Julie — ob sie hier übernachtet, oder ob sie mit dem Burtschen nach Hause gehen will —“

„Was?“

Die alte Frau hatte den Diener rücksichtslos beim Arm gefaßt; sie schüttelte ihn förmlich.

„Was soll denn das heißen? Fräulein Julie ist nicht daheim?“

„Nein, gnädige Frau!“

In diesem Augenblick verließ die alte Frau auch der letzte Rest von Fassung, welches sie noch bewahrt hatte.

„Um Gottes willen“, sagte sie leise, „das ist furchtbar! Man muß sie sofort suchen — muß Nachforschungen anstellen —“

Sie sah ratlos um sich, da fiel ihr Blick auf eine schlafende, vornübergebeugte Gestalt, welche in der offenen Tür eines der nächsten Zimmer stand.

„Hugo“, rief sie, „du hast alles gehört? Ja? Was sagst du? Wo kann um des Himmels willen Julie sein?“

„Ich weiß es nicht“, sagte er langsam; „ich weiß es nicht!“

Dann raffte er sich ein wenig auf und ging den Gang hinab, dem Burtschen des Obersten von Kirchbach entgegen.

4. Kapitel.

Julie ist tot.

In dem langen, halbgelbsten Gange herrschte schon ein saftiges Dämmerlicht, das erste Anzeichen des langsam herannahenden Tages.

Als die große Tür nach der Halle geöffnet wurde, wehte ein kalter, scharfer Luftzug von draußen herein. Jemand war kräftig in der Ferne ein Hahn, und durch die Morgenstille klang deutlich das Geläut der Glocke vom Kirchturm herüber, welche geistlich die Schweigern zur Morgenandacht rief.

Hilda Wentheim hörte und sah das alles und wußte doch eigentlich nichts davon.

Ihre Augen hasteten unausgesetzt an der Gestalt Onkel Hugos, welcher nun knapp vor dem alten Diener des Obersten von Kirchbach stand.

War es möglich, daß ein paar kurze Stunden einen Menschen so fürchterlich veränderten?

Der dort stand, scharf beleuchtet von dem flackernden Licht einer Kerze, welche einer der Diener trug, war nicht mehr der vornehme, elegante Schlossherr, der stets beherrschte gewandte Weltmann, das war ein gebrochener Mensch, in dessen von einer unruhigen Aufregung entstelltem Antlitz jeder Nerv zu zucken schien.

Man sah es, daß der Graf sich mit aller Gewalt zu bezwingen trachtete.

Aber der Ausdruck seines Gesichtes, das Beden seiner Hände hatte er nicht in seiner Gewalt. Jetzt sah er eine Sekunde lang auf, als fühle er, daß ihn jemand beobachtete.

Einen Moment hastete sein Blick auf Hildas blaßem, überwachtem Gesichtchen, dann neigte er sich rasch zur Seite und blies das Licht aus, als ob der grelle Strahl seinen heißen, rotumranderten, trockenen Augen wehte täte.

„Nun?“ fragte er endlich, sich gewaltig zusammennehmend. „Was gibt es, Martin?“

Martin Huber war ein ehemaliger Soldat, welcher seit Jahren bei dem Obersten von Kirchbach diene und seinem Herrn, sowie dessen Familie mit einer schmerzlichen Selbstverständlichkeit anhing, als gehöre er unter allen Umständen zu ihnen.

Was an Leid und Freud sich in den seinen Kreis abspielte seit mehr als dreißig Jahren das alte Martin Huber getreulich mit durchlebte und mit durchlitten.

So war er mit der Zeit zu einer ganz eigenartigen Stellung im Hause gekommen, halb Diener, halb Vertrauter, den jüngeren Familienmitgliedern ein treuer Ratgeber, dem alten Obersten, welcher seit Jahren halb gelähmt und an den Rollstuhl gefesselt war, ein unentbehrlicher Helfer.

Auch jetzt stand in seinen gemühtigen, etwas verknagten Jügen ein Ausdruck großer innerer Unruhe deutlich geschrieben.

Aber trotzdem vergaß er für keinen Augenblick den schuldigen Respekt.

Er stand vor dem Grafen in strammer Haltung, die Hand an den Rand der verblühten, blauen Soldatenmütze gelegt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Postgebührenerhöhung ohne Ende

Fünfzehn- und Zwanzigfache.

Was erst nur als amtlich nicht bestätigte Mitteilung aufzufassen, ist Tatsache geworden. Nachdem der Reichsrat erst am Donnerstag voriger Woche die Vorlagen über Erhöhung der Post-, Telegramm- und Fernspreckgebühren angenommen hatte, ist ihm unmittelbar danach eine neue Vorlage des Reichspostministers zugegangen, deren Höhe weit über die der ersten Vorlage hinausgeht. Nach Annahme der ersten Vorlage wären, so rechnet der Postminister aus, noch 2 1/2 Milliarden Defizit geblieben. Inzwischen eingetretene politische und finanzielle Gründe machen es angeblich nötig, auch diesen Fehlbetrag zu beseitigen. Deshalb sollen der Friedensgebühr gegenüber durchschnitlich die Postgebühren auf das Zwanzigfache, die Fernspreckgebühren auf das Fünfzehnfache erhöht werden.

Postkarten, Briefe, Drucksachen.

Die Postkarte im Ortsverkehr soll 75 Pfennig kosten, im Fernverkehr 1,25 M. Der Brief von 20 Gramm im Ortsverkehr 1,25 M., im Fernverkehr 2 M.; von 20 bis 250 Gramm im Ortsverkehr 2 M., Briefe von 20 bis 100 Gramm sollen im Fernverkehr 3 M., von 100 bis 250 Gramm 4 M. kosten. Dienstliche Briefe von 250 bis 500 Gramm 40 Pf. Die Drucksachenarten soll 40 Pf. kosten; Drucksachen von 50 Gramm 50 Pf., von 50 bis 100 Gramm 1 M., von 100 bis 250 Gramm 2 M., von 250 bis 500 Gramm 3 M., von 500 bis 1 Kilogramm 4 M. Geschäftspapiere bis 250 Gramm sollen 2 M. kosten, bis 500 Gramm 3 M., von 500 bis 1 Kilogramm 4 M. Warenproben bis 250 Gramm 2 M., bis 500 Gramm 3 M. Mitteilungen (zusammengepackte) Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben, bis 250 Gramm 2 M., bis 500 Gramm 3 M., bis 1 Kilogramm 4 M. Päckchen tragen eine Gebühr von 5 M.

Pakete, Postanweisungen.

Pakete bis 5 Kilogramm kosten nach dem neuen Tarif in der Kategorie 6 M., in der Kategorie 9 M.; von 5 bis 10 Kilogramm 12 oder 18 M.; von 10 bis 15 Kilogramm 20 oder 30 M., von 15 bis 20 Kilogramm 30 oder 40 M. Die Versicherungsgebühr für Wertgegenstände bleibt unverändert. Postanweisungen kosten bis 100 M. 2 M., bis 250 M. 3 M., bis 500 M. 4 M., bis 1000 M. 5 M., bis 1500 M. 6 M. und bis 2000 M. 7 M. Porto.

Rechtspflege der Zeitungen.

Zeitungsblätter in der Kategorie bis 5 Kilogramm sollen künftig 5 M. kosten. Die Zeitungsgebühr für eine Nummer bis 20 Gramm Gewicht soll betragen 6 1/2 Pf., von 20 bis 30 Gramm 8 Pf., von 30 bis 40 Gramm 10 Pf. und von 40 bis 60 Gramm 13 Pf., von 60 bis 90 Gramm 16 Pf. und für jede weitere 30 Gramm 3 Pf. mehr. Die Mindestjahresgebühr ist auf 3 M. bemessen. Dazu kommen Verpackungsgebühren in enormer Steigerung.

Postschicks, Telegramme, Fernsprecher.

Die Postschicksgebühren betragen für eine Karte bis 100 M. 75 Pf., bis 200 M. 1,50 M., bis 300 M. 2 M., bis 400 M. 2,50 M., bis 500 M. 3 M., über 500 M. 6 M. Die Gebühr für Anschließungen beträgt ein Fünftel vom Tarif des Betrages. Die Telegrammgebühr für das Wort beträgt 1 M., die Mindestgebühr für ein Telegramm 10 M. Die Fernspreckgebühren sollen durchweg um hundert Prozent erhöht werden.

Im Reichsrat erklärte der Berichterstatter, die Bedenken vom allgemeinen volkswirtschaftlichen sowie vom sozialen und kulturellen Standpunkt hätten zurückerufen müssen gegen die vorliegende unabweisliche Notwendigkeit, die erscheidend mit dem Reparationsproblem zusammenhängen.

Die Vorlage wurde unverändert von der Kaiserlichen Reichsratsversammlung mit Einstimmigkeit angenommen, ferner einstimmig eine neue Resolution, die im wesentlichen die Ersparnisgedanken der früheren Resolution wiederholt.

Der Vertreter des Freistaates Sachsen legte vorher im Namen seiner Regierung gegen die überstürzte Behandlung einer solchen Vorlage Verwahrung ein. Die sächsische Regierung könne nicht zustimmen. Bayern, Preußen und Anhalt gaben fund, angeführt der Kollision der Reichsregierung zustimmen zu wollen.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 14. Dezember.

Mitteilungen aus der Ratsitzung vom 8. Dezember 1921. 1. Kenntnis nimmt man a) von der Beteiligung der Wahlberechtigten an der letzten Stadtverordnetenwahl (94,2%). Mit Rücksicht auf diese Wahlbeteiligung soll von der Veröffentlichung der Nichtwähler abgesehen werden; b) vom Stand der Erwerbslosigkeit im Oktober und November; c) von der Zuweisung von 15 775,30 M. aus Mitteln des Ausgleichsfonds durch die Kreisbauhauptmannschaft; d) vom Bericht des Herrn Vorsitzenden über die am 5. Dezember 1921 stattgefundene Sitzung des Giroassistentenverbandes und die am 6. Dezember 1921 stattgefundene Sitzung des Sparassistentenverbandes. Der Rat beschließt, den Zinsfuß für von der Sparkasse geliehene Hypotheken ab 1. Januar 1922 für dieselbe Grundstücke auf 4 1/2%, für auswärtige Grundstücke auf 5% zu erhöhen. Weiter ist der Rat damit einverstanden, daß der Herr Vorsitzende den vom Giroassistentenverband vorgeschlagenen Satzungsänderungen zugestimmt hat; e) von der Genehmigung des 14. Nachtrags zur Gemeindefeuerordnung (Gewerbesteuer) durch die Oberbehörde. 2. In Hauskaufschaffen Andersens Erben/Albrich wird Genehmigung nach dem Gesetze vom 20. November 1920 erteilt. Vom Vorkaufrecht wird kein Gebrauch gemacht. 3. Vom Rundschreiben des Bundes der Auslandsdeutschen vom November 1921 nimmt man Kenntnis und beschließt, eine Sammlung nicht durchzuführen. Aus Stadtmitteln werden 100 M. bewilligt. 4. Kenntnis nimmt man vom Beschlusse der Stadtverordneten vom 24. November 1921 bzgl. der Bewilligung von 15 000 M. (der Stadtrat hatte in seiner letzten Sitzung 7000 M. bewilligt) für die Minderbemitteltenunterstützung. Der Rat beschließt, dem Wohlfahrtspflegeauschuß die Mittel zur Verfügung zu stellen, die zur Zahlung der Minderbemitteltenunterstützung bis 31. März 1922 benötigt werden. 5. Der Rat nimmt Kenntnis vom Beschlusse des Fürsorgeauschusses vom 29. November 1921 über Erhöhung der Sätze der Fürsorgeunterstützung und der Vorlage des Fürsorgeamtes hierzu. Der Rat beschließt, Vorschlag 2 der Vorlage anzunehmen mit dem Zusatz, daß in besonderen Fällen bzgl. der Anrechnung des Arbeitsverdienstes der Fürsorgeauschuß zu entscheiden hat. Die erforderlichen Mittel von 15 000 M. werden bewilligt. 6. Der Rat nimmt Kenntnis von der Entschcheidung des Arbeitsmarktes vom 15. November 1921 bzgl. der Wahl der Vertrauensmänner in der Angestelltenversicherung, nach der die vorgeschlagene Vereinigung mit der Amtshauptmannschaft genehmigt worden ist. 7. Der Rat nimmt Kenntnis vom Gutachten des Herrn Oberamtsratsmeister Dahn über die Herstellung der Bismarckstraße zwischen Wieland- und Gerichtsstraße und beschließt, an die zur Herstellung der Straße Verpflichteten heranzureiten. 8. Auf das Gesuch des Ausschusses zur Erhaltung des Deutschen Krieger-

denkmals in Davos bewilligt man eine Sonderunterstützung von 100 M. 9. Der Rat ist damit einverstanden, daß die Geschäftsordnung der Stadtverordneten analog auch für das Kreiskollegium zu gelten hat. 10. Der Rat beschließt, § 8 des Reglements über die Verwaltung des Elektrizitätswerks betr., wie folgt abzuändern: In Absatz 1 Satz 1 soll es heißen: „Entschließung des Stadtgemeinderates“. Entschließung der städtischen Kollegien“ heißen. Absatz 1 Satz 2 wird gestrichen. Absatz 2 wird ebenfalls gestrichen. 11. Der Rat beschließt, den Preis der Kilowattstunde a) für Beleuchtungszwecke auf 4 M., b) für Kraftstrom auf 3 M. ab 1. Dezember 1921 zu erhöhen. 12. Bezüglich der Kartoffelverbilligung nimmt man Kenntnis von der Niederschrift der Wirtschaftsabteilung vom 5. Dezember 1921. Der Rat beschließt, daß die in der Niederschrift aufgeführten Personen die Kartoffeln auch weiterhin zum Preise von 35 M. das Pfund erhalten sollen. 13. Kenntnis nimmt man vom Beschlusse des Finanzausschusses über Rückzahlungen von insgesamt 1912,50 M. an 3 hiesige Lehrer aus die Zeit vom 1. April 1920 bis 30. September 1920 infolge Einreichung in höhere Gehaltsgruppen. Die erforderlichen Mittel werden bewilligt. 14. Kenntnis nimmt man davon, daß 1/3 der persönlichen Schulklassen für Wilsdruff (ca. 200 000 M. jährlich) von den Gemeinden zu tragen ist und daß dieser Betrag von der Einkommensteuerquote gekürzt wird, ebenso davon, daß die Schulklassen auf die Zeit vom 1. April bis 30. September 1920 in Höhe von ca. 150 000 M. von der Gemeinde getragen werden müssen. 15. Der Rat beschließt, daß der für den Ehrenfriedhof angelegte Fonds von etwa 4500 M. zur teilweisen Bedeckung der Kosten des Denkmals auf dem Ehrenfriedhof nunmehr an den Kirchenvorstand zur Auszahlung gelangt (gegen 1 Stimme). 16. In Bauwesen Berthold & Kimmel nimmt man Kenntnis vom Beschlusse des Baupolizeiausschusses vom 8. Dezember 1921 und beschließt, den Bau des Wagen-schuppens sowie die Ueberbrückung des Mühlgrabens und Anlegung eines Stüdes Ufermauer mit Rücksicht auf eine etwa möglich werdende Straßenerweiterung auf jederseitigen entschädigungslosen Widerruf zu genehmigen. Reizeigungsgeld wird auf 25 M. jährlich festgesetzt. 17. Die bereits erteilten Baugenehmigungen in Sachen Arthur Kofi, 276, Arthur Beese, 260 W, Olga Bortboldt, 201 G. (Vordesignung) werden nachträglich erteilt. — Außerdem kamen noch 19 weitere Punkte zur Erledigung.

Eine neue Kälteperiode. Das nach der ersten Kälteperiode eingetretene Tauwetter ist von neuem durch Frost abgelöst worden. So zeigte heute am frühen Morgen das Thermometer schon wieder 12 Grad Kälte an. Die Wettermeldungen besagen, daß der Vorstoß hohen Drucks aus Nordost, der in Ostpreußen schon wieder zu 16 Grad Kälte geführt hat, durch vom mittleren Ozean in östlicher Richtung ziehende Depression wenn nicht beseitigt, so doch bald gemildert wird. Ob eine mildere Witterung Platz greifen wird, scheint aber sehr fraglich.

Ein interessanter Vortrag gab gestern abend der Gewerbeverein seinen Mitgliedern und Gästen im „Löwen“. Herr Pastor Heinemann-Löbtau sprach in formvollendeter Weise über „Jedoch und Arbeit der Freimaurerei“. Er ging zunächst auf die Geschichte der Freimaurerei ein, deren Ursprung als Bewegung nicht genau festzustellen ist. Doch ist er in den Bauhütten des Mittelalters zu suchen, wo aus der reinen Maurerei die Gebanenmaurererei hervorging. Als gesellschaftliches Band bezieht man von der alten Kunst die Grundlagen der Verfassung, die Handwerksgebräuche und das Siegel der Verschwiegenheit bei. Die Mitglieder tragen Symbole, die der Baukunst entlehnt sind und erkennen sich durch Zeichen, Wort und Griff. Johannes der Täufer ist ihr Schutzpatron und wie er, wollen sie Wegbahner, Wegbereiter und Wegbegleiter sein. Pflege edler Gesinnung, selbstbewußte, auf die Erfüllung der menschlichen Bestimmung gerichtete Arbeit, lungferrehtes gesellschaftliches Bauen an der Vollenbung der Menschheit ist ihr Ziel. Liebe Gott über alles und deinen Nächsten als dich selbst, steht über all ihrem Tun. Nicht das Trennende, sondern das Einigende stellen sie voran, sie wollen Brüder sein und kennen als solche nur die Pflicht, jeder an seiner Stelle an dem Aufbau des Tempels der Menschheit zu arbeiten. Wie Fichte, Stein, Schopenhauer, Blücher u. a. als Freimaurer ihre Pflicht taten, indem sie für ihr Volk arbeiteten, so wollen es alle Freimaurer ihnen nachtun. Der Vortragende wies weiter die Vorwürfe der Gottesleugnung und des Vaterlandsverrates zurück und die Legenden und Schauergerüchte, die die Phantasie an die Freimaurerei webt. Reicher Beifall lohnte Herrn Pastor Heinemann seine Ausführungen.

Landtagsbericht. Am Dienstag hollte der Landtag zunächst die in den früheren Sitzungen zurückgestellten Abstimmungen über einige Punkte nach. Das Gesetz über die Sonntagsruhe wurde in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Die Vorlage über die Gewährung von Altersrenten an Kleinrentner wurde einstimmig angenommen, nachdem ein bürgerlicher Antrag auf Verlängerung der Rückzahlungsfrist für Darlehen auf Wertpapiere abgelehnt worden war. Ein Antrag auf Aufhebung der bekannten Ueberstandesverordnung des Arbeitsministers Jädel wurde mit den sozialistischen gegen die bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Darauf wurde die neue Besetzungsvorlage behandelt, über deren wesentlichen Inhalt wir schon berichtet haben. Der Hauptgegenstand der heutigen Behandlung bildeten die hohen Ministergehälter, gegen die sich die bürgerlichen Parteien nachmalig aussprachen. Am aber die Verabschiedung der Besetzungsvorlage nicht am Einspruch gegen die Ministergehälter scheitern zu lassen, wurde die Vorlage dann mit allen gegen die kommunistischen Stimmen angenommen. Ein Antrag auf Errichtung von Gewerkschaftsbedeckungen wurde dem zuständigen Ausschuss überwiesen und zum Schluß eine Anfrage wegen der Verteuerung der böhmischen Braunkohlen beraten. Die Ausprache über diesen Punkt bezog sich in der Hauptsache auf den Eisenbahnwagenmangel. Wirtschaftsminister Heilich sagte nach Möglichkeit Berücksichtigung der Wünsche zu und stellte in Aussicht, daß, wenn die Reichseisenbahnverwaltung den berechtigten Forderungen der Einzelstaaten nicht in größerem Maße als bisher gerecht würde, sich die Einzelstaaten selbst einen Einfluß auf die Reichseisenbahnverwaltung verschaffen müßten.

Landtagsabgeordneter Menke als Bürgermeister. Der unabhängige Landtagsabgeordnete Menke, der schon wiederholt als Anwärter für freigewordene Amtshauptmannspositionen genannt wurde, ist am Montag vom Gemeinderat der vereinigten Industrieorte Heidenau und Rügeln zum Gemeindevorstand gewählt worden. Menke ist von Beruf Lithograph, wurde dann Parteisekretär der Unabhängigen und gehört seit der Revolution dem sächsischen Landtage und dem Dresdner Stadtverordnetenkollegium an.

Wochenbericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung (4.—10. 12. 21). Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich in der Berichtswochen infolge des Frostwetters zwar verschlechtert, sie kann aber im allgemeinen immer noch als günstig bezeichnet werden. Die Neuanmeldungen Arbeitsuchender haben zugenommen, die offenen Stellen haben sich vermindert. Wegen ungenügender Kohlenzufuhr und zu geringer Wagenstellung mußten verschiedene Betriebe tageweise aussetzen.

Eine neue Wanderberge am Fichtelberg. Eine Wanderberge mit Rinderheim wird in nächster Zeit durch Umbau einer der beiden an der Bierenstraße, am Fuße des

Fichtelberges, stehenden Schneidemühlen eingerichtet werden. Der Umbau wird auf Kosten eines Chemiker Großindustriellen ausgeführt, der auch die Kosten der inneren Einrichtung bestreitet. Das Chemiker Jugendamt erhält das Heim mietweise auf 30 Jahre zu billigem Zins. 30 jugendliche Wanderer können hier Raft halten und 40 bis 50 erholungsbedürftige Kinder können untergebracht werden. Amraucht vom Hochwald, bietet das neue Heim, dessen Eröffnung Mitte 1922 erfolgen wird, eine der besten Erholungsstätten.

Sinken der Preise für Häute und Felle. Auf allen in diesem Monat abgehaltenen Versteigerungen sind die Preise für Häute und Felle, wenn auch anfangs weniger erheblich, so doch auf den jüngsten Auktionen fast durchweg bis zu 50 Prozent und mehr zurückgegangen. Infolge dieser Verhältnisse nehmen die Käufer sowohl auf den Versteigerungen wie auch am Ledermarkt eine abwartende Haltung ein. Die Preise für rohe Häute und Felle, die einen ungeheuren hohen Stand erreicht hatten, und bei einer weiteren Verteuerung auch alle aus Leder herzustellenden Artikel, insbesondere Schuhwaren, ganz gewaltig verteuert hätten, dürften nach diesem Preisabfall auch auf eine Abwärtsbewegung der Lederpreise von Einfluß sein.

Produktenpreise in Freiberg. In der gestern mitgeteilten Notierung muß es richtig heißen: Sommergerste 330—350, Hafer 245—255.

Dahlen. Ein gemeines Verbrechen wurde nachts in der 11. Stunde auf hiesiger Rittergutsflur an der Feldscheune begangen. Der Verwalter Dietel vom Rittergut, der seinen nächtlichen Rundgang machte, überraschte an den Kartoffelmieten einen Dieb. Dieser schoß auf Dietel und traf ihn in den Unterleib. Schwer verletzt mußte seine Ueberführung nach Burzen erfolgen.

Leipzig. Eine Frau, die Humor hat! Ein Vorgang auf dem Leipziger Hauptbahnhof, der sich am Freitag vormittag abspielte, wird hier viel belacht. In der Zeit der Kohlennot hatte auch die Bahnverwaltung, trotzdem die fahlermäßige Frist eingetreten, die Züge nicht beheizt. Eine Frau, die bei einer Reise wahrscheinlich sehr gefreuen hat, kam auf den Gedanken, der Eisenbahnverwaltung etwas unter die Arme zu greifen und ein leuchtendes Beispiel hochherziger Schenkung zu geben. Die Frau erschien mit einem Paket unter dem Arm, begab sich zu einer Gruppe Eisenbahner, denen sie mit den Worten: „Hier, die Eisenbahn kann es gut gebrauchen,“ das Paket überreichte. Die verblüfften Eisenbahner öffneten und fanden zu ihrem Erstaunen in dem Paket fein säuberlich eingewickelt 15 Briketts. In der Zeit der Kohlennot sicher nicht über! Wahrscheinlich wollte die Frau das gute Beispiel einer Brikettsammlung für die Eisenbahnverwaltung geben.

Aus dem Gerichtssaal.

Landgericht Dresden. Wegen Kriegsvergehens begann am Dienstag vormittag im Schwurgerichtssaal des Dresdner Landgerichts unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Rogg ein größerer Prozeß. Die Anklage richtete sich gegen den Direktor der Dresdner Heisenkellerbrauerei Ernst Alexander Konstantin Klapp und acht Genossen, und betrifft Ueberziehung der Höchstpreise bei An- und Verkauf von Gerste. Die übrigen acht Angeklagten sind die Rittersgutsbesitzer Hennig aus Köhnitz, Pöhlisch aus Braunsdorf, Obendorfer aus Limbach und Fischer aus Tanneberg, die Gutsherr Instermann aus Leubnitz-Neusastra und Weigel aus Birkenhain, sowie die Kaulsteute Seidel aus Wilsdruff und Standfuß aus Gippowitzwalde. Zur Aufklärung des Sachverhaltes waren eine größere Anzahl Zeugen und mehrere Sachverständige geladen. Die Verteidigung hatten die Rechtsanwälte Dr. von Neber und Dr. Paul Schulze aus Dresden, Dr. Kronfeld und Hofmann aus Wilsdruff übernommen. Der Eröffnungsbeschluss legt Direktor Klapp zur Last, er habe bei Anlauf von Gerste die vorgeschriebenen Höchstpreise überschritten, die Rittersgutsbesitzer und Gutsherrn sollen zu höheren Preisen verkauft haben, als zulässig ist, während die beiden Kaulsteute beratende Geschäfte als Kommissionäre vermittelten. Die ganze Angelegenheit war durch eine anonyme Anzeige ins Rollen gekommen, insgesamt handelt es sich um nicht ganz 3000 Zentner Gerste, während die Brauerei selbst im Jahre rund 140 000 Zentner verbräutet. Alle Angeklagten bestritten, sich strafbar gemacht zu haben. Direktor Klapp gab eine umfangreiche Darstellung über die allgemeine Lage des Brauergewerbes. Die Lage sei äußerst schwierig gewesen, im Sommer vorigen Jahres waren die Bestände aufgebraucht, und um den Betrieb aufrecht zu erhalten, um keine Entlassungen des Personals vornehmen zu müssen, sei dann in verschiedenen Pöhlen Gerste bereingekommen worden. Von einem Monat zum anderen wurde auf Besserung gehofft, aber immer vergeblich. Die mitangeflagten Rittersgutsbesitzer und Gutsherrn äußerten sich hierauf in jeder nach dem Umlange ihres getätigten Geschäfts, die beiden Kaulsteute wollen ihrerseits nur aus Gefälligkeit gehandelt haben. Das Gericht trat dann in eine langwierige, bis in die Abendstunden währende Zeugnernernehmung ein, es wurden eingehend die ganzen Verhältnisse, die allgemeine Marktlage, die Preise für Gerste usw. erörtert, besondere und bemerkenswerte Angaben trafen dabei nicht auf. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Dr. Bus, forderte hierauf die Bestrafung im Sinne des Eröffnungsbeschlusses, bei Direktor Klapp sollte mildernd in Betracht, daß er im Interesse der Brauerei und deren Angestellten gehandelt habe. In langen Plädoyers forderten die Verteidiger Freisprechung. In der ersten Abendstunde wurde das Urteil verkündet, es lautete bei Direktor Klapp auf 50 000 M., bei Fischer auf 15 000 M., bei Hennig, Pöhlisch und Obendorfer auf je 10 000 M., bei Instermann auf 3000 M. und bei Weigel auf 2500 M. Geldstrafe. An errechneten Uebergewinnen wurden bei H. 5864,63 M., bei S. 4446 M., bei O. 3881,25 M., bei B. 877,50 M. und bei W. 727,50 M. eingezogen, während ein solcher bei P. nicht in Frage kommt. Die Verurteilung erfolgte bei vorgelegtem Angeklagten wegen Ueberziehung der Höchstpreise bei Gerste bzw. unbefugtem An- und Verkauf. Die Angeklagten Seidel und Standfuß wurden freigesprochen.

Dresdner Schlachtviehmarkt am 12. Dezbr.

Kühe: 1. Rinder: a) 180 Ochsen, b) 186 Bullen, c) 126 Kalben und Kühe. 2. 433 Lämmer, 3. 804 Schafe, 4. 1292 Schweine. **Preise in Mark für Lebendes und Schlachtgewicht:** a) Ochsen: 1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtgewichtes bis zu 6 Jahren 800 bis 1000, 1725 bis 1850, 2. junge fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete 800 bis 900, 1575 bis 1675, 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 500 bis 600, 1075 bis 1250, 4. gering genährte jeden Alters 300 bis 400, 900 bis 1000, b) Bullen: 1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtgewichtes 900 bis 1000, 1800 bis 1725, 2. vollfleischige jüngere 700 bis 800, 1725 bis 1500, 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 50 bis 550, 1000 bis 1125, 4. gering genährte 300 bis 400, 800 bis 900, c) Kalben und Kühe: 1. vollfleischige, ausgemästete von höchsten Schlachtgewichtes 950 bis 1050, 1725 bis 1850, 2. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 800 bis 900, 1575 bis 1675, 3. ältere ausgewachsene Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 600 bis 700, 1300 bis 1500, 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben 400 bis 500, 1000 bis 1200, 5. mäßig und gering genährte Kühe und Kalben 250 bis 300, 750 bis 800. **Kälber:** 1. Doppelerlöber — 2. beste Mast- und gute Schlachtläber 1000 bis 1100, 1825 bis 1725, 3. mittlere Mast- und gute Schlachtläber 900 bis 950, 1700 bis 1575, 4. geringe Kälber 700 bis 800, 1300 bis 1425. **Schafe:** 1. Mastlamm und jüngere Mastlammel 800 bis 850, 1600 bis 1700, 2. ältere Mastlammel 800 bis 700, 1800 bis 1500, 3. mäßig genährte Damme und Schafe (Wergschafe) 400 bis 450, 1000 bis 1100. **Schweine:** 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahre 1550 bis 1650, 2150 bis 2150, 2. Fleischschweine 1750 bis 1850, 2250 bis 2350, 3. fleischige 1800 bis 1400, 1900 bis 1900, 4. gering entwickelte 1150 bis 1250, 1650 bis 1750, 5. Saunen und Ober 1300 bis 1500, 1750 bis 2000. **Tendenz des Marktes:** Rinder mittel, Lämmer und Schafe gut, Schweine schlecht.

Suchen Sie noch ein passendes
Weihnachtsgeschenk,
dann kaufen Sie meine vorzüglichen
Liköre.

Als besonders hervorragend empfehle ich:
Magenwürze
ein reines Kräuter-Destillat, ohne Essenz,
zuckergesüßt.

**Tafel-Kümmel, Pfefferminz,
Ingber, Cherry-Brandy,
Johanniswürmchen, Allasch,
Bramschen Kornbranntwein,
Echten Steinbäger,
Feinsten Rotwein-Punsch.**

**Urrak, Rum, Kognak
Magen-Inspektor**
in 1/4, 1/2, 3/4 Flaschen und ausgemessen.

Max Berger

vorm. Ch. Goerne

Telephon 4 1004 Dresdner Straße 61.

Bekanntmachung.

Den geehrten Herren Landwirten sowie unsern
Mitgliedern zur Kenntnis, daß der **Backlohn
für Selbstverfoger**

für ein 4-Pfd.-Brot 1.80 Mk.
beträgt.

Innungsvorstand u. Mühlenbäckereien.

Elektrische Licht-, Kraft- und Telephon-Anlagen

in jedem Umfange, infolge günstigen Materialein-
kaufes zu vorteilhaften Preisen.

- | | |
|-----------------------------|-----------|
| 1 15 PS Dr. 220/380 B., neu | f. Größe. |
| 1 4 PS „ 220/380 „ gebr. | |
| 1 5 PS „ 220/380 „ | |
| 1 4 PS für Wilsdruff, neu | |
| 1 1 PS für Wilsdruff, neu | |
- ab Lager Wilsdruff.



Vorsicht beim Einkauf von
Osram-Lampen

bei herumziehenden Händlern, da deren Preise
höher sein müssen als in meinem Geschäft.

Heberzeugung macht wahr!

Ferd. Zotter,
Elektroinstallationsmeister u. Mechaniker,
Telephon 542. Wilsdruff. Markt 10.

Zuchtvieh-Verkauf.

Mache hiermit bekannt, daß ich wieder mit einem
großen Transport sehr schwarzer,
junger, ganz hochtragender

Rühe

eingetroffen bin. Solche stehen in
einigen Tagen zu ausnahmsweise billigen Preisen in meiner
Behaltung zum Verkauf.



Robert Kregschmar, Viehhandlung,
Siebenlehn i. Sa.

Telephon Amt Rostock Nr. 205.

Weihnachts- Anzeigen

sollen immer das besondere Augenmerk
der Leser auf sich wenden. Das wird
aber nur durch eine sorgfältige Sach-
ausführung erreicht und diese Sorgfalt
kann nur angewandt werden, wenn
geschätzte Inserenten die für die Sonntags-
nummer bestimmten Anzeigen uns
einige Tage vor dem Erscheinen bringen.

**Die Geschäftsstelle
d. Wilsdruffer Tageblattes**

'Anakreon'

Freitag den 16. Dezember
**St. Weihnachtsfeier
mit Tanz.**

Anfang 8 Uhr.
Gäste durch Mitglieder ein-
geführt herzlich willkommen.
D. V.

Militärverein Grumbach.

Sonntag den 17. Dezember
abends pft. 7 Uhr im Gasthof
Vortrag.

„Unsere schwere Artillerie
während des Weltkrieges“.
Damen herzlich willkommen.

Sonntag den 18. Dezember Kirchenparade.

Der Verein stellt mit Musik
früh 1/2 9 Uhr am Gasthof.
Um zahlreiche Beteiligung
bittet uns **Der Vorstand.**

Wieder eingetroffen:

**Manchesterhosen
Lederhosen
Winterjoppen**
von 150 Mark an
Ulster
von 350 Mark an
**Paletots
Rucksäcke
Hand- und
Reisekoffer**

Curt Plattner,
Dresdner Straße 69.

**Wasserdichte Planen
und Pferddecken,
Säcke aller Art, u.
Kohhandtücher,
Scheuertuch, Strohsäcke
Oelbekleidung, Dresse,
Impr. Masse, Fadriklager von
Herren- u. Damen-Stoffen**

Oskar Böhlund Nachf.
Reihen rechts,
Borbrückerstr. 26, n. Bahnhof.

Ein Fell- Schaukelpferd

zu verkaufen.

Curt Hauzner, Sattler,
Zellaer Straße 27.



Vornehme
Geschenkartikel.
Feinste
**Konfitüren und
Schokoladen,
Baumbehang,
Pfeffernüsse,
Nürnberger
Lebkuchen,
Lübecker
Marzipan**
empfiehlt

Jos. Zadrassil,
i. Fa.:
Chocoladen-Onkel
Markt. 1071

Gerbung von Fellen

übernimmt Lederfabrik
Bruno Bretschneider,
gegenüber der Kirche.

2 Ruffenpferde

mit Geschirr
zu verkaufen.

A. Hegewald, Tharandt,
gegenüber d. Tännichtmühle.

Ein ordentliches Hausmädchen

für 1. Januar gesucht.
Zu melden bei
Martin Reichelt, am Markt.

Suche

für Neujahr 1922
**Mägde, Knechte, Pferde-
jungen.**

Hausmädchen für Privat.
B. Pollack, Wilsdruff,
Markt 13.

Wir bitten höflich, An-
zeigen bis 10 Uhr vor-
mittags anzugeben.

Fa. Hennig & Co., Zellaer Str. 35

empfiehlt als passende Weihnachtsgeschenke:

Bringmaschinen
mit prima Heißwinger-Walzen,
elektrische Bügeleisen, Feuerzeuge,
Taschenlampen, Batterien,
sämtliche Fahrrad-Zubehörteile,
prima Gummibereifungen.

Feinste Stollenmehle

der Hof-Kunstmühle L. Bienert-Plauen
sowie sämtliche Backartikel
in vorzüglichsten Qualitäten
zu billigsten Preisen
empfiehlt

Fa. Gustav Adam,

Inhaber: **Georg Adam.**
Telephon 439. Dresdner Str.

Gute Romane

auch moderner Autoren,

Jugendchriften,

Märchen der

Weltliteratur

in reicher Auswahl vorrätig bei

Johannes Schindler,

Buchhandlung, Meissen, nur Neugasse 26.

Für den Weihnachtsbedarf:
**Luchshnallentiefel mit Lederbesatz und
Kamelhaarschuh zum hochschließen,
sowie Stulpentiefel**
zu noch mäßigen Preisen
wieder eingetroffen.

Schuhmachermeister **H. Nowotnik, Markt 99.**

Zu Weihnachten

seien Ihnen als passende Ge-
schenke für Ihre Lieben die schön-
sten Bände der Sammlungen

**Meisters Buch-Roman
Meisters Jugendbücher**
empfohlen

Unsere Geschäftsstelle und die Aus-
träger haben Ihnen gern weitere Aus-
kunft über Art und Preis.



Von heute ab stellen wir wieder einen großen, frischen
Transport

vorzügl. Milchvieh

hochtragend und frischmelkend, leichten und schweren Schla-
ges, zu billigsten Preisen bei uns zum Verkauf.

Hainsberg. E. Kästner & Co.
Telephon Freitag 296